

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

1 (2.1.1922)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 12 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 12 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Abolagen abgeholt 11 M monatlich. — Einzelnummern 50 Pf. Ausgabe: Mittagsmittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: 6.50 M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestunde: Die einspaltige Anzeigenzeit 9.30 M. Die Restanzeigenzeit bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestunde: 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Einigung zwischen Regierung und Eisenbahnern

Aus Berlin kommt die erfreuliche Meldung, daß die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Eisenbahnern zu einer Einigung geführt haben, die u. E. für die unteren Beamten und besonders auch für die Arbeiter erhebliche Zugeständnisse bringen. Es wird darüber gemeldet:

21. Berlin, 31. Dez. Heute nachmittags 1 1/2 Uhr wurden die Verhandlungen zwischen dem Reichsverkehrsministerium einerseits und dem Deutschen Eisenbahnerverband, dem Allgemeinen Eisenbahnerverband und der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner andererseits wieder aufgenommen. Den Vorsitz führte der Ministerialdirektor Wehlar vom Reichsverkehrsministerium. Auf Grund der Anträge der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner (Deutscher Gewerkschaftsbund) wurde eine Verständigung auf folgender Grundlage gefunden:

1. An die Stelle des bisherigen Dreiklassenverzeichnisses des Lohnvertrags tritt das vom Reichstag beschlossene Dreiklassenverzeichnisses für die Reichsbeamten, dessen Fortführung im Reichsgezeitsblatt unmittelbar vorliegt, mit den Änderungen, die bis zum 1. März 1922 durch einen Reichs- und Reichstagsauschuß noch getroffen werden sollen. Soweit in einzelnen Orten das bisherige Dreiklassenverzeichnisses des Lohnvertrags eine höhere Einkufung als das neuere übernommene Verzeichnis vorliegt, wird den Arbeitern, solange sie an einem solchen Orte beschäftigt bleiben, die Dauer der Gültigkeit des Tarifvertrags der Unterklasse, bezug als persönliche Zulage fortgewährt.

2. In allen Orten, an denen bisher im Lohnvertragsvertrag Uebereinstimmungsstellen vereinbart worden waren, werden diese mit Rückwirkung vom 1. Oktober um ein Jahr pro Stunde erhöht.

3. Im besetzten Gebiet werden vorläufig mit rückwirkender Kraft ab 1. Oktober an den Orten, die sowohl nach dem bisherigen Dreiklassenverzeichnisses des Lohnvertrags, als auch nach dem neuere übernommenen Beamten-Dreiklassenverzeichnisses zur Klasse A gehören, die Uebereinstimmungsstellen um eine Mark pro Stunde erhöht.

4. Weitere Verhandlungen über die Dreiklassen- und allgemeine Verhandlungen werden für den 5. Januar 1922 zugesagt.

5. Im Anschluß an die Verhandlungen zu Ziffer 4 werden mit größter Beschleunigung die Uebereinstimmungsstellen mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 zwischen den vertragsstiftenden Parteien endgültig geregelt.

6. Die Streikfrage werden nicht besührt. Maßregelungen wegen Arbeitsniederlegung finden nicht statt, vorbehaltlich jedoch die Verfolgung von gewalttätigen Eingriffen in Verwaltungsbereich und Verkehr.

7. Die Ausführungsvereinbarungen zwischen den vertragsstiftenden Parteien folgen.

8. Die vertragsstiftenden Vereinigungen verpflichten sich, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln auf sofortige Wiederaufnahme der Arbeit hinzuwirken.

Um 3 Uhr trat eine Pause ein, damit die endgültige Formulierung vorgenommen werden könnte. Um 1/2 Uhr fand die letzte Besprechung statt.

An dem endgültigen Zustandekommen einer Einigung kann demnach nicht mehr gezweifelt werden.

Wenn auch nicht alle Wünsche und Forderungen der Eisenbahner bei dieser Vereinbarung in Erfüllung gegangen sind, so sind doch wesentliche Zugeständnisse der Regierung erreicht worden. Besonders kommt dabei in Betracht, daß das für die Beamten geltende Dreiklassenverzeichnisses nunmehr auch auf die Arbeiter angewendet werden wird — und zwar mit rückwirkender Kraft. Daß bereits am Mittwoch in Berlin die Verhandlungen aufgenommen werden sollen über eine allgemeine Erhöhung der Bezüge des Personals, ist für die Eisenbahner besonders beachtlich.

So erfreulich es auch ist, daß die Regierung zu Zugeständnissen sich bereit gefunden hat, so wenig kann man ihr beistimmen, daß sie sich im allgemeinen den Eisenbahnern gegenüber besonders geschickt und glückselig benommen hat. Hätte sie bei der letzten Regelung der Bezüge auf die unteren Beamten wie auch auf die Arbeiter die gebotene Rücksicht genommen, wären ihr und dem Volke die Streiks an vielen Orten des Reiches erspart geblieben. Und außerdem konnte die Regierung aus eigenem Entschluß geben, was sie jetzt unter Zwangsverhältnissen doch zugegeben mußte.

Im übrigen muß aber der Reichstag nunmehr nach seinem Zutritt ein ernstes Wort mit dem in jeder Beziehung ungeliebten Kabinettsmitglied Dr. Bernies sprechen. Der Mann hat dem deutschen Volke als sogen. Ernährungsminister schweren Schaden zugefügt, als stellvertretender Finanzminister durch seine patzige und unglückliche Art jetzt wieder bei der Eisenbahnerbewegung. Endlich muß aber nunmehr auch auf eine richtige und vollwertige Regelung des Notens des Reichsfinanzministeriums gedrungen werden. Hoffentlich wird im Verlaufe des heutigen Tages überall der Streit wieder aufgenommen, denn die Wirkungen des Streiks machen sich bereits stark fühlbar im Wirtschaftsleben.

Ueber die Verhandlungen zwischen Regierung und Organisationen

am Freitag nachmittag wird in der Berliner Presse berichtet:

Gestern nachmittag um 4 Uhr begannen die Verhandlungen zwischen dem Reichsverkehrsminister Gröner und den Vertretern der Eisenbahnerorganisationen, Delegierte des Deutschen Eisenbahnerverbandes, der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter sowie des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes nahmen an den Besprechungen teil, denen zeitweise auch der Reichsfinanzminister Dr. Bernies beizuohnte.

Die Beratungen des Reichsverkehrsministers mit den Organisationsvertretern verliefen zwar nicht ohne stark divergierende Meinungen, immerhin war auf beiden Seiten der Wunsch nach Vereinbarung eines allgemeinen Streiks deutlich erkennbar. Nach längerer Debatte wurde der bekannte Antrag des Deutschen Eisenbahnerverbandes auf Zahlung eines Vorschusses von 1000 Mark bezw. 750 Mark fallen gelassen. Dagegen wurden von dem Vertreter der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter mehrere Anträge eingebracht, denen der Reichsverkehrsminister Gröner größtenteils zustimmen konnte. So wurde vereinbart, daß die Dreiklassenverzeichnisse einer Neuordnung mit Rückwirkung vom 1. Oktober 1920 ab unterzogen werden sollen. Ferner ist beabsichtigt, die Uebereinstimmungsstellen besonders für die unteren Klassen zu verbessern, was ebenfalls rückwirkend vom 1. Oktober ab geschehen soll. Als dritter Punkt wurde beschlossen, im Januar neue Gehaltsverhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Eisenbahnern zu beginnen. Weiter soll ein bestimmter Termin festgesetzt werden, bis zu dem eine endgültige rechtliche Regelung der Stellung der Betriebsräte erfolgen solle.

Als die Sitzung um 9 Uhr unterbrochen wurde, zog sich der Reichsverkehrsminister mit dem Reichsfinanzminister Gröner und dem Reichsfinanzminister Dr. Bernies zu Beratungen über den wichtigsten Antrag des Vertreters der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter zurück, wonach an Stelle des von Deutschen Eisenbahnerverband geforderten Vorschusses von der Reichsregierung eine einmalige Wirtschaftsbefehle gesandt werden solle.

Um 10 Uhr wurden die unterbrochenen Verhandlungen wieder aufgenommen. In diesen Verhandlungen wurde von dem Organisationsvertretern die Frage der Betriebsräte sowie die der einmaligen Wirtschaftsbefehle fallen gelassen und folgende neue Anträge unterbreitet:

1. Eine Lösung der Dreiklassen, soweit die Arbeiter darin beabsichtigt sind: Die Arbeiter und Beamten sollen gleichzeitig in ein Dreiklassenverzeichnisses gebracht werden und zwar nur diejenigen Arbeiter, die letzterer seien, als die Beamten;

2. Nachzahlung der Zuerstzulagen vom 1. Oktober ab; Ferner wurde verlangt, daß die neuen Lohnverhandlungen im Januar aufgenommen werden.

Frankreich besteht auf seinen erprehten Forderungen

Briand droht mit Sanktionen

Paris, 1. Jan. Ministerpräsident Briand erklärte gestern im Senatsauschuß für Auswärtige Angelegenheiten zur Frage der deutschen Schuld, auf keinen Fall dürften die von Frankreich zu fordernden Summen in Geld oder die Sachlieferungen herabgesetzt werden. In Sachen des Wiederaufbaus Europas sei die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit Deutschland besprochen worden. Briand soll nach „Welt Parisien“ ferner erklärt haben, wenn Deutschland nicht zahle, würden automatisch die Sanktionen in Kraft treten. Bei einer Abschätzung der deutschen Schuld — die Zahl von 500 Millionen Goldmark sei in die Debatte geworfen worden — sei formell zwischen ihm und Lloyd George abgemacht worden, daß der Anteil Frankreichs für 1922 keine Milderung erfahren solle. — Was Cannes anbetreffe, so sei ein festumrissenes Programm hervorgegangen aus genauer Kenntnis der Sachlage, noch nicht aufgestellt worden.

Ein rasender Messerstecher

Berlin, 2. Jan. In einem Anfall von Geistesgehrtheit hat ein Arbeiter gestern den Kurfürstendamms entfangen und nach mit einem Dolchmesser auf die Passanten ein, von denen eine Anzahl schwer verletzt wurde. Ein Schutzwachsmann wurde getötet. Erst ein Hausdurchsuchung brachte die Festnahme des Trefühnigen.

Ins neue Jahr hinein

Einem Vergeltungsdonner noch lang die Steinlawinen nach. Das Jahr 1921 war noch zu nahe an dem großen Schicksalsjahre 1918, als daß es von einem Nachhauer tieferer und leichter Erschütterungen hätte verschont bleiben können. Zu ihnen zählen wir den zusammengebrochenen Märzputz, die Ultimatumkrise, die Entscheidung über Oberschlesien. Aber dies alles waren Nachwirkungen der großen Katastrophe, letzte Ausläufer eines weltgeschichtlichen Erdbebens.

Das Jahr 1921 hat den praktischen Beweis erbracht, daß unter den gegenwärtigen Umständen im Deutschen Reich nicht ohne die Sozialdemokratie regiert werden kann. Das festzustellen bedeutet für uns keineswegs eine Genugtuung, sondern nur die Anerkennung einer sehr bitteren Notwendigkeit. Man kann sagen: Die Sozialdemokratie hatte den besten Willen, sich im Lager der Opposition von den schweren Anstrengungen des Regierens in den schlimmsten Sturzzeiten zu erholen; aber die Rast, die sie gesucht hat, war ihr vom Schicksal nicht lange gegönnt. Der außenpolitische Zusammenbruch der Regierung Feilner-Simons bedeutete den Beginn einer neuen Ära der Gewaltpolitik und den Untergang des bis dahin trotz allem einigermaßen einprägen Reiches, wenn die Sozialdemokratie nicht helfend einprang. Trotz aller guten Vorläufe, sich nicht so leicht wieder mit bürgerlichen Parteien in eine Regierungsfraktion einzulassen, sah sich die Partei durch die Elementargewalt der Entwicklung und durch ihr inneres, sittliches Gesetz alsbald wieder gezwungen, auch unter den schwierigsten und lästigsten Verhältnissen an der Verantwortung für die Leitung Deutschlands teilzunehmen. Der Zwang war so offensichtlich, die Logik der Dinge so klar, daß sich selbst die entschiedensten Gegner eines Zusammenregierens mit bürgerlichen Parteien ihnen nicht entziehen konnten. Die Koalitionspolitik im Reich als innerpolitische Grundlage der äußeren Erhaltung des Reiches notwendigen Politik der Erfüllung fand nirgends ernsthafte Anfechtung.

Desto lebhafter tobte der Kampf um die Frage der großen Koalition in Preußen. Praktisch fand sie ihre Lösung dadurch, daß drei Sozialdemokraten in die bis dahin sozialistenreine Regierung eintraten und drei wichtige Minister befehleten. Als Preis mußte die Hinabgabe zweier Ministerien an Mitglieder der Deutschen Volkspartei bezahlt werden. Es war ein Experiment, über dessen Gelingen oder Mißlingen nach so kurzer Zeit nichts Endgültiges gesagt werden kann. Bis jetzt hat es aber nicht den Anschein, als ob sich die Anwesenheit zweier Volksparteier in der preußischen Regierung in anderer, unheilvoller Weise bemerkbar machen würde, als die Anwesenheit irgendwelcher anderer bürgerlicher Minister aus der Demokratie oder aus dem Zentrum. Der Gefahr aber, daß Preußen eine ähnliche Entwicklung nehmen würde wie Bayern — und davon war es unter dem Regime Steingewald gar nicht mehr so weit entfernt — ist bis auf weiteres vorgebeugt. Die Sozialdemokratie kann nicht alles zum Guten wenden, aber schließlich bis zur Unertüchlichkeit mühten sich alle Verhältnisse ohne ihre Mitwirkung gestalten.

Wir haben gewiß keinen Grund, mit Lob und Zufriedenheit auf das vergangene Jahr zurückzublicken. Aber es wäre grundlos falsch zu sagen, daß es gar nicht schlimmer hätte werden können. Unheil, das sich auswirkt, wird schmerzhaft empfunden und ruft Erregung und Empörung wach. Verhütetes Unheil tritt nicht in Erscheinung und wird nicht in Rechnung gestellt. Deswegen ist es aber doch nicht weniger wahr, daß es im vergangenen Jahr in vielem noch viel schlimmer hätte kommen können, als es tatsächlich gekommen ist.

Verhütet worden ist vor allem die fürchtbare Katastrophe, die für Deutschland aus einem teilweisen Stillstand seiner Industrie hätte entstehen müssen. Es ist eine nur von den wenigsten erwartete Wirkung des Friedensvertrages, daß wir wenigstens von der Geißel der Arbeitslosigkeit verschont geblieben sind, und wir werden trotz düsterer Prophezeiungen von mancher Seite auch weiter hoffen dürfen, von ihr verschont zu bleiben, wenn es den Bemühungen der Reichsregierung gelinnet, die von der Entente geforderten Zahlungen in weitem Umfang durch Sachleistungen zu ersetzen. Auf der anderen Seite ist es freilich klar, daß unter solchen Verhältnissen das durchschnittliche Lebensniveau der Arbeitermassen in Deutschland unter dem anderer Länder weit zurückbleiben muß. Eine Ausgleichung kann sich erst vollziehen, wenn Deutschland nicht mehr genötigt sein wird, einen erheblichen Teil seiner Arbeitsprodukte in das Ausland zu senden, ohne irgend welchen Gegenwert dafür zu erhalten.

Um so aufreizender wirkt unter solchen Umständen der Vereicherungsprozeß, der sich jetzt augunsten eines Teils der bisher bestehenden Klassen vollzieht. Er gibt den Kämpfern um die sogenannte Erfüllungspolitik um die Bilanzierung unseres inneren Staats, um die neuen Steuern eine ganz besondere Schärfe. Selbst wenn der Zwang der auswärtigen Politik zu einem vorläufigen Kompromiß nötigen sollte, der die Massen nicht befriedigen kann, so wäre

doch für den weiteren Verlauf des Jahres mit einer Ausprägung dieser Kämpfe bis zu einer großen innerpolitischen Entscheidung zu rechnen.

Das letzte Jahr ist mit Stürmen zu Ende gegangen, und Stürme werden auch im kommenden nicht ausbleiben. Alle Verhältnisse der inneren und der äußeren Politik, wie des gesamten wirtschaftlichen Lebens, befinden sich in einem ährenden Ubergang. Aber wir können die Zukunft nicht bloß nachläufer einer hinter uns liegenden unheilvollen Zeit, sondern Vorläufer kommender besserer Zeiten sein werden.

Wir wollen vorwärts schreiten im neuen Jahre mit der Zuversicht erfahrener Kämpfer, ohne Glauben an Wunder, aber im Bewußtsein unserer Kraft.

Vor dem Entweder — Oder

Eine Mut von Kombinationen und Phantasien, Perspektiven, Hoffnungen und Plänen ergoß sich durch die Weihnachtszeit. Wettrennen im Besseren! Legen den Kränzen um die Köpfe der Herren Stimmes und Mathem.

Das Orakel hat nun wieder etwas nachgelassen. Es wäre besser gewesen, wenn sich die deutsche Presse etwas eingehender — nicht mit Phantasien, sondern mit der einen feststehenden Tatsache beschäftigt hätte, die uns immer wieder entgegenkommt, wenn der Dezemberpuls verfliegen ist.

Wir müssen uns entscheiden, entscheiden. Die Zeit drängt. Kostbare Monate sind ungenutzt, trotz aller Warnungen ungenutzt vorübergegangen. Nochmals eine Gunst des Augenblicks. Sie darf nicht verpaßt werden. England steht heute nach der Lösung der irischen Frage Frankreich etwas unbegrenzter gegenüber. In Ganness kann der englische Standpunkt, der an dem Gedächtnis der Wirtschaft in Mitteleuropa härter interessiert ist als der französische Standpunkt, Erfolg haben.

Was sollen Neben in London, in Paris oder in Ganness oder sonstwo über irgend einen Tilgungsplan, wenn in Deutschland eine Finanzreform, die wirklich diesen Namen verdient, noch nicht durchgeführt ist? Daß sie nicht durchgeführt ist, das bestreitet niemand. Von den Deutschenationalen bis zu den Kommunisten verlangt alles, daß Ordnung in den Staatshaus halt kommt. Ordnung will jeder, aber nur Ordnung, wie jeder sie auffaßt. Ueber das Wie dieser Ordnung tobt der Streit. Stimmes hat sein Rezept für die Herstellung dieser Ordnung bereits mitgeteilt. Die Sozialdemokratie hat ihrerseits gesagt, was zu sagen ist. Es gibt eben eine kapitalistische und eine proletarische Finanzpolitik, Finanzreform, Ordnung im Staatshaus.

hen dagegen, daß auf ihre Kosten die Besche für den verlorenen Krieg bezahlt wird. Allein, es mehren sich von Tag zu Tag die Anzeichen, daß die Hauptlast auf die Schultern der Masse gelegt werden wird. Wohl ist die revolutionäre Bewegung, bestrebt man sie in größerer, in geschichtlicher Perspektive, keineswegs zu Ende. Aber für den Augenblick ist die Reaktion im Vormarsch und die Arbeiterbewegung zerstückelt. Die Bourgeoisie hat sich gesammelt und fähig sich stark. Bei jedem Steuererfolg findet sie sich zusammen.

Ein republikanischer Richterbund

Versprechungen, die in jüngster Zeit unter republikanisch gesinnten höheren Justizbeamten gepflogen wurden, haben zur Gründung eines republikanischen Richterbundes geführt. Dieser tritt an die Öffentlichkeit mit folgendem Aufruf:

Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß der deutsche Wiederaufbau und in dessen Rahmen ein Verhältnißverhältnis des Volkes zur Rechtspflege — nur auf der Grundlage der demokratischen Republik geübt werden kann, haben sich in Berlin Richter und Angehörige veränderter Berufe zu einem republikanischen Richterbund vereinigt. Wir wollen ein freies, unabhängiges, dem Beruf des Volkes, seiner schaffenden und schöpferischen Schichten folgt. Wir wollen ein unabhängiges Richteramt, das in dem Sinne, daß der Richter allein kleinlichen, veralteten Methoden der Justizverwaltung entzogen, daß er von untergeordneten Aufgaben völlig entlastet werde, damit er wahrhaft frei seinen hohen Beruf ausüben und auf den Höhen seiner Wissenschaft sowie der allgemeinen Bildung sich behaupten kann. Wir wollen endlich ein politisch interessiertes Richteramt, das in der Tiefe und in den ganzen Reichtum des Staats-, Volks- und Gesellschaftslebens verkehrend eindringt, damit wir wieder befähigt werden, Männer von umfassendem Geist und politischer Tatkraft, wie einst den Richter Eduard Simson, als Sprecher und Führer der deutschen Nation zu stellen. Wir werden bei der reichsten Justizreformbewegung im neuen Staat bereitwillig die Befreiung und Verwirklichung dieser Aufgaben für die Rechtsprechung und Verwaltung nicht fehlen lassen.

Wir begrüßen diesen neuen Bund. Möge er sich tatkräftig entfalten.

Die Ursachen des Eisenbahnerstreiks

Vom Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes wird uns über die Ursachen des Streiks geschrieben:

Der Ausgangspunkt ist in dem unbefriedigenden Ergebnisse der letzten großen Lohn- und Gehaltsbewegung für das Personal der Reichs- und Staatsbetriebe zu suchen. Weder die Verhandlungen über die eingeleiteten Forderungen noch die Ergebnisse waren günstig. Verhöhnung in den Kreisen des Personalbesitzes zu schaffen. Die Tatsache, daß die neue Besoldungsordnung den unteren Beamten in der Besoldungsgruppe I eine jährliche Zulage von nur 1200 M., den höheren Beamten der Besoldungsgruppe XII dagegen je nach dem Dienstalter 38000 bis 54000 M. Zulage brachte, machte es den Gewerkschaften fast zur Unmöglichkeit, die Bewegung ordnungsgemäß abzuschließen. Nur der Umstand, daß eine sofortige Nachprüfung der Besoldungsordnung in Aussicht genommen wurde, und der Reichstag eine entsprechende Entschädigung annahm, half über die allergrößten Schwierigkeiten hinweg.

Am 13. Dezember übermittelten dann die Gewerkschaften der Reichsregierung neue Forderungen, die als Grundlage der Verhandlungen zur Nachprüfung der Besoldungsordnung dienen sollten. Am 13. Dezember antwortete der Reichsfinanzminister in einem Schreiben, daß er nicht nur die Forderungen, sondern auch Verhandlungen darüber ablehne. Der Verlauf des Streiks war außerdem so herausfordernd, daß die Regierung unter dem Personal beantragende Normen annahm. Die Reichsregierung glaubte die wachsende Erregung dadurch eindämmen zu können, daß sie durch das Reichsfinanzministerium telegraphisch anordnete, den Beamten der Ortsklassen A und B, soweit sie verheiratet sind und einen Antrag stellen, sei das Januargehalt im Voraus zu zahlen. Diese Verordnung, die ohne Befragen der Gewerkschaften zustande kam, hat das Gegenteil von dem bewirkt, was sie erreichen sollte. Die Erregung unter den ledigen Beamten und den Arbeitern der Ortsklassen A und B und ferner unter dem Personal der untergeordnet gebildeten Ortsklassen C, D und E wurde jetzt erheblich vergrößert. Dazu kam die Veränderung des Reichseinkommensteuergesetzes, das den

Steuerzahlern bis zu 24000 M. Jahreseinkommen so gut wie gar keine Erleichterungen, dagegen den Beamten der höheren Besoldungsgruppen ganz fühlbare Einkommensverbesserungen brachte. Diese Verbesserungen betragen bei einem Einkommen von 100000 M., das in der Besoldungsgruppe XIII erreicht wird, rund 17000 M. Diese wenigen Zahlen weisen geradezu aufreizend, denn dem höheren Beamten wird an Steuererparnis jährlich fast soviel gewährt wie dem Militär an Gesamteinkommen. Aus diesen Ursachen erwuchs die Stimmung für die Streikbewegung, die bald hier bald da aufflammte, ohne indes zunächst greifbare Gestalt anzunehmen.

Die Gewerkschaften verlangten ein Entgegenkommen in der Weise, daß ein angemessener Vorstoß nach der Weihnacht gemacht würde. Soweit die Eisenbahner in Betracht kamen, erhielt sich das Reichsverkehrsministerium ablehnend, obwohl ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums bei einer Aussprache mit den Vertretern der Spitzenverbände am 22. Dezember erklärte, die einzelnen Dienstminister seien davon verständigt worden, daß sie, falls sich Kompromisse ergeben, mit dem Personal eine Regelung treffen können. Daraufhin fanden am 23. und 24. Dezember Verhandlungen zwischen Vertretern des Eisenbahnerpersonals, vor allem des Deutschen Eisenbahnerverbandes, mit dem Reichsverkehrsminister Graener statt. Bei dieser Gelegenheit beantragte der Reichsfinanzminister zurückgeleitete höhere Beamten des Ministeriums zugehen, daß beispielsweise die Höhe der Eisenbahnarbeiter in seinem Verhältnis zu den Beamten der Privatindustrie stehen und eine Regelung sofort erfolgen müsse. Den Hinweis, daß nach den Weihnachtsfeierlichkeiten mit einem Streik zu rechnen sei, wenn eine ausreichende Hilfe nicht erfolge, glaubte Minister Graener mit der Bemerkung abtun zu können, daß die Situation nicht so ernst sei, wie sie von den Gewerkschaftsvertretern hingestellt werde. So urteilte der Minister, obwohl aus dem Bezirk Eberfeld bereits ein Telegramm der Bezirksleitung des Deutschen Eisenbahnerverbandes vorlag, daß der Streik nicht mehr auszuhalten sei und Vertreter des Vorstandes sofort erscheinen müßten.

Die vorstehende Darstellung beweist, daß die Verantwortung für den Streik sehr wohl dem Reichsverkehrsministerium sowie der Reichsregierung zufällt. Festgelegt muß werden, daß der Streik durch eine angemessene Berücksichtigung, die die Reichsregierung nicht erheblich belastet hätte, zu verhindern gewesen wäre.

Wenn auch bei einem Streik, der als das letzte Mittel wirtschaftlicher Kämpfe zur Anwendung kommt, niemals der Ausgang vorausgesetzt werden kann, so darf aber doch behauptet werden, daß im Augenblick ein tagelanger Eisenbahnerstreik katastrophale Folgen hätte und beiseite gelassen muß. Weißt also der Weg der Verständigung mit dem Personal bzw. der Organisation, und je früher dieser beschritten wird, um so eher ist mit einer baldigen Beilegung der Differenzen zu rechnen.

Das Reich und seine Eisenbahnen

Der Konflikt der zwischen der Reichsregierung und den Eisenbahnen ausgebrochen ist, kann gar nicht ernst genug genommen werden. Nicht nur die besondere Stellung des Eisenbahnbetriebs in der Volkswirtschaft, hebt einen Eisenbahnerstreik weit über die Bedeutung eines gewöhnlichen Streikes hinaus. Zu diesem Umstand, der für jeden Eisenbahnerstreik auch in Ländern mit privatalphabetischer Bahnverwaltung und in normalen Zeiten gibt, gesellen sich in diesem Fall noch andere schwer wiegende.

Deutschland steht unmittelbar vor den schicksalshen Verhandlungen von Ganness. Bei ihnen wird die Frage der deutschen Reichseisenbahnen eine sehr große Rolle spielen. Wiederholt ist in der Entente darüber hingewiesen worden, daß Deutschland Erleichterungen seiner Zahlungsverpflichtungen nicht erwarten kann, ohne eine erhebliche Verbesserung der über die deutsche Reichseisenbahn existierenden ausländischen Kontrolle. Es ist kein Geheimnis, daß die Eisenbahnen als ein hervorragendes Objekt dieser Kontrolle gelten. Selbstverständlich muß es das Bemühen der deutschen Reichsregierung sein, ihre und damit die Souveränität des deutschen Volkes auf volkswirtschaftlichem Gebiet, und insbesondere auf dem besonders wichtigen Gebiet der Eisenbahnverwaltung, soweit wie nur möglich, zu erhalten. Dazu bedarf sie aber geordneter Verhältnisse im deutschen Eisenbahnbetrieb.

Man kann sich danach vorstellen, daß ein Eisenbahnerstreik der deutschen Regierung in seinem Augenblicke ungeliebter kommen konnte, als in dem gegenwärtigen. Denn die Regierung muß befürchten, die angestrebliche Erhöhung im Eisenbahnbetrieb werde den Betroffenen einer scharfen Kontrolle der deutschen Reichseisenbahnen durch die Entente schwerwiegende Argumente bieten. In diesem Falle wären kurzfristige Erfolge, die die Eisenbahner in dem gegenwärtigen Streit erzielen können, durch dauernde Abhängigkeit der deutschen Reichseisenbahnen vom Ententekapital erkauft!

Solche Überlegungen machen es auch erklärlich, warum die Regierung gerade jetzt besonders starkes Bedenken trägt auf eine Streikdrohung hin den Arbeitern die von ihnen gestellten Forderungen ohne weiteres zu bewilligen. Durch diese glatte Bewilligung der gestellten Forderungen würde zwar der Streik im Augenblick befristet, aber in Regierungsreisen befürchtet man, die auswärtigen Gegner würden eine solche Nachgiebigkeit ernst

Rügel an und hing sein Schwert Wahrung um und trat auf die Rinne, daß die Leute riefen: Scheit, der Weland ist ein Vogel geworden.

Er aber rief mit starker Stimme vom Turm: Weh! Euch Weh! König Elberich! Ich werde des Schmiedes gedenken! Der Sohn hat er erschlagen, die Tochter trägt ein Kind mit ihm. Ade, ich las sie grüßen, rief und seine ehernen Flügel hoben sich und tauchten wie Sturmwind, und er fuhr durch die Lüfte. Der König griff seinen Harnisch an und alle Reiter spannten in grimmer Eile, wie ein Meer fliegender Drachen, schossen die Pfeile ihm nach, daß Weland hoch die Schwingen, ein Wiesel trat ihm nicht, und floh beim nach Schonen auf seines Vaters Schloß und ward nicht mehr gesehen. Und Elberich hat seiner Tochter den Gruß nicht ausgesprochen. Er aber genas noch in denselben Fahrtrag eines Anabers, der hieß Wittich und ward ein starker Held, wie sein Vater.

Das ist die Mär von Weland Ende! Herr Spazzo lehnte sich zurück und tat einen langen besaglichen Atemzug. Ein zweitesmal werden sie mich in Ruhe lassen, dachte er. Der Eindruck des Erzählten war verschieden. Die Herzogin sprach sich lobend aus, des Schmiedes Rade mutete sie an; Praxedis schalt, es sei eine rechte Großmütigkeit, man sollte dem Kammerer verbieten, sich noch vor Frauen setzen zu lassen. Elckhard sprach: Ich weiß nicht, mir ist, als hätte ich Feindes gehört, aber da hieß der König Wittich und die Schmiedewerksstätte kam am Kaufhaus.

Da rief der Kammerer zürnend: Wenn Euch der Kaufhaus vornehmer ist wie Vlogenschaffen, so mögt Ihr doch hinlegen; ich weiß noch recht wohl, wie mir mein Tiroler Freund den Ort genau gewiesen. Ueber der Kammerer war eine gelbliche Nase von Erz geschnitten und auf dem Turm ein eherner Adlerflügel, und stand eingegraben: hier floh der Schmied von dannen. Dann und wann kommen Leute hindan, schreit und beten und glauben, der Weland sei ein großer Heiliger gewesen.

Lasset sehen, wer Herrn Spazzo den Preis leßt freilich machen soll, sprach die Herzogin und mische die Lafe. Sie zogen. Der kleinste Balm blieb in Praxedis Hand. Die tat weder verlieren, noch hat sie um Nachsicht; sie fuhr mit dem weißen Sand über die dunklen Haarflechten und begann:

(Fortsetzung folgt.)

Ekkehard

Eine Geschichte aus dem zehnten Jahrhundert von Joseph Victor von Scheffel

(Fortsetzung.)

So gehieh Weland's Arbeit wohl. Schildstrand und Schwert, Messer und Kral und was an Kleinod eines Königs Hofburg ziert, wirkte der Sinnige, und war kein Schmied, so weit die Sonne auf Alpenhänge glänzt, sich mit Weland zu messen. Elberich aber hatte viel böse Feinde, die einten sich und lebten den einäugigen Amittas zu ihrem Führer und brachen ins Land ein. Und Elberich trug großes Herzleid und sprach: Wer mit des Amittas Haupt brühte, mein einzig Tochterlein sollt ihn dafür lassen als Ehgenast! Da lösthe Weland sein Schmiedfeuer, schnallte sein breites Schwert Wimmung um und zog aus gegen Elberichs Widersacher. Und das Schwert war brav und schlug des Amittas das Haupt ab, daß aller Feind über Fuch und Klauenlein heimlich. Weland aber brachte seinem König das Haupt. Da sprach der zürnend: Was ich von meiner Tochter angelobte, das hat der Wind verweht; ein Schmied kann nicht mein Sohn sein, des würden meine Hände ruhig, wenn er den Gruß mir bieten wölte. Aber als Lohn sollst du drei Goldpfennige haben, dafür kann ein Mann turnieren und stehen, reinen und tangen, zieren und pflanzen und eine Diene sich kaufen am Markt. Weland warf ihm die drei Goldpfennige vor die Füße, daß sie unter den Feln rollten und sprach: Weh! Euch Gott, auf Nimmerwiedersehen! und wandte sich, aus dem Lande zu gehen. Der König aber wollte den Schmied nicht missen, darum ließ er ihn niederwerfen und die Sehnen am Fuß durchschneiden, daß er hinfend ward und ungenut und des Riechens vergesen wußt.

Und Weland hingepflegte sich traurig in die Waldschmiede heim und zündete das Feuer wieder an, aber er pfiff und sang nimmer, mer, wenn er mit schwerem Hammer das Eisen schlug, und sein Gemüt ward ingrimmig. Da kam einmahl des Königs Sohn, der war ein reicher Mann und war allein in den Wald gezogen und sprach: Weland, ich will die zusehen. Da sprach der Schmied lächelnd: Stell dich an den Amboss, so schau ich dich an, und zog die glühende Eisenstange aus der Flamme und stieß sie dem Königssohn durchs Herz.

Sein Geben blöchte er und goß um die Knochen viel Erz und Silber, daß sie zu Säulen der Leuchter wurden, um den Schadel aber fügte er einen Goldrand, da ward der Schadel zum Becher. All dies aber sandte Weland dem Elberich, und wie die Vöten geritten kamen und nach dem Anaben fragten, sprach er: Ich sah ihn nimmer, er ist zu Wald gerannt.

Zu selber Zeit erging sich des Königs Tochter in ihrem Garten; die war so schön, daß sich die Vöten vor ihr neigten. Am Fingerring trug sie einen Ring von Gold, gestaltet wie eine Schlange, und ein Karfunkel blühte im Schlangenhaupt, den hielte Elberich selbst einestigt und hielt den Ring teurer als ein Königreich und idenkte ihn seiner Tochter nur, weil sie in ihrer Schwärze ihm über alles lieb war. Demeil sie aber eine Note pflichte, sprach der Ring von der Jungfrau Finger und hüpfte mit hellem Schein über das Gestein und zerbrach; und der Karfunkel fiel aus der goldenen Fassung, daß die Maid die Hände rang und bitterlich wehklagte und sich nicht traute heimzugehen, denn sie fürchtete ihres Vaters Zorn.

Da sprachen die dienenden Frauen: Gehe heimlich zum Schmied Weland, der weiß Rat dafür. So trat die Königs-tochter in Weland's Schmiede und lagte ihre Not. Der nahm den Ring und fügte ihn zusammen und schmolz Gold und Erz und der Karfunkel blühte wieder im Schlangenhaupt. Aber Weland's Stirn war tief gefurcht und wie die Jungfrau ihm freundlich zulachte und gehen wölte, da sprach er: Heil! wie kommst du mir geschlichen! und warf die feste Tür ins Schloß und legte Aigel vor und griff die Königs-tochter mit starker Hand und trug sie in die Kammer, wo Moos und Farnkraut geschichtet lag. Und wie sie von dannen ging, weinte sie und ruffte die feldemweid Haar.

Ein Geruch unterbrach Herrn Spazzo. Praxedis hatte zur Herzogin aufgeschaut, ob sie nicht etwa erwidern aufspringen und Herrn Spazzo den Mund schmecken sollte; doch aus dem strengeren Anblick war nichts zu lesen. Darum ironisch sie ungeduldig mit den Fingern auf ihrer Laute.

... und es war eine Gewalttat gewesen, fuhr Herr Spazzo unbehört fort. Da hub Weland ein Singen und Hobeln an, wie die Waldschmiede es nimmer gehört, seit ihm die Sehnen zerschritten worden. Dann ließ er Schwert und Schilde umfallen und schmiedete Tag und Nacht und schmiedete zwei große Flügel und war kaum fertig, so kam Elberich mit Heeresmacht den Brenner herabgeritten. Da fand sich Weland die

Frankreichs Spiel mit Europas Schicksal

Frankreich besteht auf seinen Rüstungen — Eine Drohung des englischen Ministers Balfour — Scharfe Kritik der englischen und italienischen Presse an Frankreichs Haltung

Auf der Abrüstungskonferenz in Washington ist es nun zu sehr scharfen Auseinandersetzungen zwischen den französischen Vertretern einerseits und denen von England, Amerika und Italien auf der anderen Seite gekommen. Der Eindruck wird immer allgemeiner, daß Frankreich systematisch den Wiederaufbau Europas sabotiert durch seine, aus überpannten Machtstellungen heraus diffizierte Rüstungspolitik. Ueber die letzten Vorgänge in Washington informieren die folgenden Meldungen:

Der Sonderberichterstatter des Neuterlichen Bureau meldet aus Washington: Nach der Mitteilung Sarraut über das von Frankreich beschlossene Programm für seine U-Boote und Luftschiffe wurden alle Bemühungen zur Erreichung eines Uebereinkommens bezüglich der Einschränkung der U-Boote und Luftschiffstanzungen aufgegeben. Der amerikanische, der italienische und der japanische Delegierte drücken ihr Bedauern darüber aus, daß ein Uebereinkommen nicht möglich sei.

Balfour sagte, daß Großbritannien das französische U-Bootsprogramm als „eine sehr ernste Bedrohung“ für die Sicherheit Großbritanniens ansehen müsse. Schanzer sprach ebenfalls über die ernsten Bedrohungen Italiens wegen der wirtschaftlichen Opfer und der politischen Folgen, die das französische Programm zur Folge haben könnte. Der französische Delegierte erwiderte hierauf „mit Schärfe“ auf die „Behauptungen“ der Wortredner, von denen einige vollkommen unannehmbar für ihn seien.

Balfour erklärte, während es undenkbar sei, daß etwas anderes als Freundschaft zwischen Großbritannien und Frankreich herrschen könne, beweise die Geschichte, daß beide Länder in der fernsten Vergangenheit in Streit miteinander gewesen seien. Großbritannien sei Frankreich stets zur See überlegen und zu Lande unterlegen gewesen. Frankreich habe niemals in seiner Geschichte zu fürchten brauchen, daß Großbritannien die Macht hätte, einen Schlag gegen das Herz Frankreichs zu führen. Niemals sei eine schwächere Militärmacht in der Lage gewesen, eine überlegene Militärmacht zu gefährden, nur weil sie mehr Schiffe gehabt hätte. Angenommen, daß das Unbedenkliche geschehe und die Alliierten zu Feinden würden, so sei es vollkommen klar, daß in diesem Falle die britische Überlegenheit an Großkampfschiffen Frankreich keinesfalls auch nur für eine Stunde gefährden würde. Wenn Frankreich jedoch die größte U-Boot-Flotte der Welt besäße, so könnte es diese Flotte, wenn es wollte, zur Zerschlagung des Handels benutzen, und es sei schwer zu glauben, daß in Zeiten der Gefahr Frankreich diese Flotte nicht zu verwenden würde. Wenn Großbritannien gegen U-Boote unbewaffnet sei, so sei es klar, daß Frankreich, indem es diese „verbrecherische“ Waffe anwende, die Erstlinge Großbritanniens vernichten könne. Balfour sagte, Sarraut habe von der unbedingten Notwendigkeit für Frankreich gesprochen, eine U-Boot-Flotte von 90 000 Tonnen zu besitzen. In welchem Zweck? Konkreterweise, um mit einer Großkampfschiff-Flotte von 175 000 Tonnen zusammen zu wirken. Die U-Boote seien eine mächtige Waffe zu nur einem Zweck, nämlich zur Zerschlagung des Handels. Großbritannien könne nicht anders, als in Frankreich betrachten die Behauptung durch die Schaffung einer großen U-Boot-Flotte innerhalb weniger Wochen von seiner Seite, die zu keinem anderen Zweck, als zur Zerschlagung des Handels dienen könne.

daneben es viele Gerüchte gibt, die ein sehr auskömmliches Dasein fristen, ändert nichts an der Notlage anderer. Auch kein katholischer Klerus zeigt sich, was man sonst beobachten kann: die einen haben ja viel, daß sie glänzend leben können, die anderen hingegen müssen sich schwer durchs Leben schlagen. Soweit die erzbischöfliche Kangleidirektion und der „Beobachter“ unsere Gewissensfragen angehen, überlassen wir es Ihnen, darauf zu antworten. Das uns aber aus katholischen Pfarrhöfen der Dank für die Aufnahme der Zuschrift ausgesprochen worden ist, das wollen wir dem Herrn Erzbischof wie dem „Beobachter“ doch mitteilen.

Gegen die Schwarzbrenner
M. Altköcher bei Wülfl, 31. Dez. In der Nacht zum 29. Dezember fand hier abends eine Razzia auf Schwarzbrenner statt, nachdem erst vor kurzem eine solche schwer belastendes Material gegen eine Reihe von Einwohnern zutage gefördert und vor einigen Tagen ein kleines Kontrollaufgebot von Steuerbeamten in der Rohrbirchmühle bedroht und beschimpft worden war. Das Anwesen der Brüder Rohrbirch ist einer der Hauptherde der Schwarzbrennerei. Die letzte Kontrolle hatte schon große Mengen unerlaubten Materials zutage gefördert und durch die neueste Kontrolle wurde ein Lager von nicht weniger als 70 Zentner Jucker aufgedeckt. Die Mühlenbewohner benahmen sich wieder in der unverschämtesten Weise. Sie beschimpften die Beamten, die den Jucker auf Lastkraftwagen nach Wülfl bringen ließen. Sobald es Tag geworden war, wurden im ganzen Dorfe sämtliche Brennereierrichtungen geschlossen und verriegelt. Sämtlichen Brennern in Altköcher ist auf Anordnung des Landesfinanzamts das Brennrecht auf unbestimmte Zeit entzogen.

Kleine badische Chronik
Schweigen, 1. Jan. Straßenräuber. Zwischen Kierlach und Wiental wurde der Händler Kuppinger aus Neulohheim an kalten Tage niedergeschlagen und seiner Wertschaft von 1500 Mark beraubt. Die Täter sind zwei junge Burchen.
Heiterheim, 31. Dez. Ein Schwindler. In letzter Zeit trieb sich hier ein Schwindler herum, der einige Geschäftsleute erheblich schädigte. Er gab an, im Auftrag der Firma Auf Sohn in Freiburg zu kommen, nahm bei den Geschäftsleuten Bestellung auf Jucker entgegen und ließ sich in verschiedenen Fällen die Hälfte des Kaufpreises sofort ausbezahlen. Ein Geschäftsmann, der dem aus Spandau gebürtigen Mann nicht traute, rief telephonisch die genannte Firma an, worauf sich der Schwindler herausstellte. Der Gauner konnte festgenommen werden.
Kierlach, 1. Jan. Brand. Bei dem Brande des Limbacher Hofes im Hausebachthal, dessen Ursache bis jetzt noch nicht aufgeklärt werden konnte, konnte das Großvieh gerettet werden. Ein Walschwein, drei Kübber und sämtliche Kübber sind dagegen in den Flammen umgekommen.
Waldsloh, 1. Jan. Schwere Folgen. In der Walschloßwirtschaft in Stalungen wurde nach einem Wortwechsel vor einigen Tagen der Landwirt Oskar Stodter mit einem Bierglas auf den Kopf geschlagen, jedoch er bewußtlos zusammenbrach. Die Wunden sind nicht so gefährlich und Stodter achte weiter nicht darauf.

recht für ihre Beweisführung ausnühen, daß das Reich genötigt sei, seinen Arbeitern und Beamten alles, was sie unter Drohungen forderten, zu bewilligen, und daß eben darum eine Gefundung der deutschen Reichsbetriebe ohne ausländische Kontrolle nicht möglich sei.

Gegen den Gedanken einer ausländischen Kontrolle über unsere Eisenbahnen müßten wir als Sozialisten gerade deswegen besonders empfindlich sein, wo wir in der Tatsache, daß die Eisenbahnen dem öffentlichen Grundbesitz des Gemeinwesens gehören, die allerhöchste Grundbedingung für einen aufbauenden Sozialismus huldigen. Hat die bekannte Forderung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, die Eisenbahnen sollen in privatrechtliche Verwaltung überführt werden, die größte Erregung und Entrüstung hervorgerufen. Das Wort der Regierung kennzeichnet das Ziel der Sozialdemokratischen Partei, die Herrschaft des im freien Volkstaat organisierten Volkswillens über die Wirtschaft. Der Erreichung dieses Ziels würden die schwersten Hindernisse in den Weg gelegt, wenn die weitere Entwicklung der Reichseisenbahnen als eines gemeinwirtschaftlichen Instituts durch kapitalistische Kräfte von innen oder von außen unterbunden werde.

Der Konflikt zwischen dem Reich und seinen Eisenbahnern ist kein Konflikt zwischen einem Kapitalisten und seinen Arbeitern. Er ist vielmehr ein Konflikt, wie er nur in einer Zeit des Uebergangs von der kapitalistischen zur sozialistischen Wirtschaftsform möglich ist. Obwohl die Eisenbahnen bereits in den Besitz der Allgemeinheit übergegangen sind, sehen sich ihre Arbeiter doch genötigt, mit den Mitteln, die in der kapitalistischen Gesellschaft üblich sind, um ihre Lebenshaltung zu kämpfen. Schuld daran trägt die katastrophale Lage der deutschen Finanzen, über die nichts Näheres gesagt zu werden braucht.

Das Reich und seine Eisenbahner gehören aber noch in einem anderen Sinne zusammen: Die Verfassung beginnt mit den Worten: „Das Deutsche Reich ist eine Republik“. Die Eisenbahner waren es aber vor allem, die im März vorigen Jahres die Republik vor dem gewaltsamen Umsturz der Monarchisten gerettet haben. Man kann den Eisenbahnern Vorwürfe darüber machen, daß sie nicht das Ergebnis der eingeleiteten zentralen Verhandlungen abwartet haben. Aber man darf bei alledem nicht vergessen, daß es erstens einmal die Notwehr, die sie zu ihrem rechten, vielleicht überlieferten Vorgehen trieb, und zweitens, daß das Verhalten der Republik zu ihren Arbeitern naturgemäß und geschichtlich begründet, ein anderes sein muß, als das der Monarchie zu ihren Eisenbahnkräften. Aus all diesen Gründen ist es die Aufgabe aller Vernünftigen, alles zu tun, was eine Verschärfung und Verlängerung des Konflikts zu verhindern geeignet ist. Ein bis auf die Spitze getriebener Kampf würde auf keiner Seite einen Sieger, auf beiden Seiten Bekannte zurücklassen. Der am meisten Verwundene dabei wäre aber das deutsche Volk, und seine breiten arbeitenden Massen würden die Nachwehen des Kampfes am stärksten fühlen. Darum ist es Pflicht, ernst und nachdrücklich von der unbedingten Notwendigkeit eines raschen Friedens zu reden, der durch Einigkeit und Versöhnlichkeit von beiden Seiten erzielt werden muß.

Wie die Ententebehörden gegen die Eisenbahner gewalttätig vorgehen, illustrieren diese Nachrichten:

Koblenz, 31. Dez. Um gewissen Mißverständnissen ein Ende zu bereiten, gibt die Interalliierte Rheinlandskommission bekannt, daß im ganzen besetzten Gebiet, das der Aufsicht der Interalliierten Rheinlandskommission unterworfen ist (altbesetztes Gebiet), der Streit des Eisenbahnpersonals verboten ist. Wer gegen dieses Verbot verstößt, setzt sich der Verfolgung durch die Kriegsgerichte auf Grund der Verordnung der Rheinlandskommission aus. Die Requisition des Personals wird, soweit notwendig, durch die Militärbehörden auf Grund der Artikel 6 und 10 des Rheinlandabkommens erfolgen. Die Interalliierte Rheinlandskommission hat übrigens schon mit den Arbeitervertretern Fühlung genommen und ist an die deutschen Behörden zwecks Prüfung ihrer Forderungen herangetreten.

Koblenz, 30. Dez. Die amerikanische Befehlungsbehörde hat den Geschäftsführer des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Dr. Robert Koblentz, Kall, der selbst nicht mehr Eisenbahner ist, verhaftet unter der Beschuldigung, daß er sich Verdienste gegen die für Streikfragen erlassenen Anordnungen der Rheinlandskommission habe zuschreiben lassen.

Koblenz, 30. Dez. Die Interalliierte Rheinlandskommission hat den Streit der Eisenbahner für das besetzte Gebiet verboten und die Streikenden aufgefordert, sofort die Arbeit wieder aufzunehmen.

Badische Politik

Die Bezahlung der katholischen Geistlichen

Wir brachten dieser Tage die Zuschrift eines katholischen Geistlichen zum Ausdruck, in der die Bezahlung der katholischen Geistlichen einer Kritik unterzogen wurde. Wir haben damit sowohl im erzbischöflichen Palais in Freiburg wie in vielen katholischen Pfarrhöfen eine nicht geringe Aufregung hervorgerufen. Was verständlich ist. Daß sich ein katholischer Geistlicher an ein sozialdemokratisches Blatt zur Vertretung der materiellen Standesinteressen wendet, ist, wie wir nicht bestreiten wollen, immerhin ein seltenes Ereignis. Aber der Herr Erzbischof in Freiburg, wie die Herren katholischen Geistlichen im Lande müssen sich schon mit der Tatsache abfinden, daß dem so ist. Der Verfasser der Zuschrift ist tatsächlich ein heute amtierender katholischer badischer Geistlicher, wenn auch die erzbischöfliche Kangleidirektion in Freiburg den nicht gerade glücklichen Versuch unternimmt, zu bestreiten, daß der Verfasser ein katholischer Geistlicher sei. Der „Beobachter“, dessen Chefredakteur ja auch ein katholischer Pfarrer ist, ist klüger und vorsichtiger hinsichtlich der Beurteilung der Autorschaft, denn er meint, daß der Klerus auch nicht unabhängig von den Beistimmungen sei. Der „Beobachter“ will sich daher nicht wundern, wenn auch ein katholischer Geistlicher sich an ein sozialdemokratisches Blatt wendet. Der Herr Chefredakteur scheint demnach erheblich mehr Wirklichkeitsinn zu haben als die erzbischöfliche Kangleidirektion. Natürlich ist auch der Chefredakteur des „Beobachter“ tief darüber betrübt, daß ein Berufsgenosse sich an uns gewendet hat und er meint, die übergroße Mehrheit der katholischen Geistlichen werde sich dieser Weg ablehnen. Wir wagen nicht, da Widerspruch zu erheben, aber, der „Beobachter“ wird uns Glauben schenken, wenn wir sagen, daß die von uns veröffentlichte Zuschrift bei vielen katholischen Geistlichen auf sehr großes Verständnis gestoßen ist und recht lebhaften Beifall gefunden hat. Wir könnten dafür Tatsachen anführen.

Es ist natürlich nicht unsere spezielle Aufgabe, Gehaltsbewegungen katholischer Geistlicher durchzuführen, aber wir versagen auch Geistlichen unsere Spalten nicht, wenn sie glauben, durch den „Volkfreund“ ihre Interessen vertreten zu sollen. Tatsächlich sind viele der katholischen Geistlichen außerordentlich schlecht bezahlt, so daß diese Herren nur mit der allergrößten Not und Mühe einhergehen ihre Leben fristen können. Daß

offen erklären, daß es die dadurch geschaffene Lage nicht gleichgültig ansehen könne.

Washingtoner Blättermeldungen zufolge wächst in den Vereinigten Staaten infolge der Haltung Frankreichs der Widerstand gegen das Viermächteabkommen über den Stillstand des Ozeans. Frankreichs Haltung wird vielfach als schwere Bedrohung des Friedens angesehen. Die Unklarheit zwischen Frankreich und England habe die amerikanische öffentliche Meinung erschüttert. Von der Zusammenkunft des Obersten Rates in Cannes werde noch eine Ueberbrückung der Klüfte erhofft.

Rom, 30. Dez. Der „Tempo“ drückt die allgemeine Auffassung Italiens von Frankreichs Verantwortung an einem eventuellen Scheitern der Washingtoner Konferenz mit folgenden Worten aus: „Frankreich verhindert durch sein Rüstungsprogramm die Beruhigung und den Wiederaufbau Europas und läßt sich eine furchtbare Verantwortung auf. Durch Frankreichs Schuld ist nunmehr auch die Wertschätzung von Lande gesichert und es beginnt ein Wettstreit stärker als je zuvor. Frankreich muß wissen, daß niemand ihm folgt, daß vielmehr alle gegen es stehen. Wie England erkennt auch Italien klar seine Verantwortung vor der Geschichte, doch kann es auf das Recht der Selbstverteidigung nicht verzichten.“

London, 30. Dez. Die Haltung Frankreichs auf der Konferenz in Washington in der Unterseebootsfrage nimmt in der Presse wieder einen großen Raum ein. Die „Morning Post“ schreibt: Frankreich, einst der Liebling Amerikas, sei nicht mehr das verführte Kind. Amerika sei sehr unwillig über Frankreich. Am meisten mache sich diese Stimmung in amerikanischen Regierungskreisen bemerkbar. Staatssekretär Hughes verurteilt die Haltung Frankreichs auf das Schärfste.

„Daily Express“ berichtet ebenfalls über die Mißstimmung, die die Haltung Frankreichs in Washington verursacht habe. Vielleicht werde es England und Amerika doch noch möglich sein, Frankreich zu verhindern, Selbstmord zu begehen. In einem Weltartikel schreibt daselbstige Blatt, die republikanischen Nachfolger der Bourbons hätten nichts gelernt und alles vergessen. Keine Konferenz in Cannes, in Zimbatu oder irgendwo anders habe Zweck, solange Frankreich fortfahre, sich in dieser Weise zu benehmen.

„Daily News“ zieht ebenfalls die Bildung einer englisch-amerikanischen Entente in den Bereich der Möglichkeiten.

Paris, 30. Dez. Der „Matin“ schreibt: Die englische Presse beleidigt Frankreich und wirft ihm vor, in Washington die Abrüstung zur See verhindert zu haben. Es ist doch ein bißchen lächerlich, daß England, das nicht auf seine offene Großkampfschiff-Flotte verzichtet hat und sich im Gegenteil durch Vertrag das Monopol der maritimen Offensivkraft in Europa sichert, es nicht nachdem Frankreich auf die Hälfte seiner Tonnage in Kampfschiffen verzichtet hat, dieses des Imperialismus anquilligen! England scheint zu glauben, es habe ein göttliches Recht auf die Heemonarchie in Europa.

Gewerkschaftliches

Dem „schwarzen Metallarbeiter-Verbanden“ ins Stammbuch!

Vom Deutschen Metallarbeiter-Verband wird uns geschrieben: Der Artikel des „Volkfreund“, in welchem die Beurteilung Bevollmächtigter des D.M.A. der Verm. Karlsruhe, beleuchtet, und der Beweis erbracht wurde, daß der eigentlich Beurteilte niemand anders als das „Christl. Metallarbeiter-Verbanden“ selbst ist, hat den „Friedrichsener Boten“ in nicht geringen Joren verletzt. In Nr. 287 vom 14. Dezember schimpft er wie ein Hochpapst und versucht obendrein dem Volksgewissen die Anschuldigungen zu erweisen. O du armer Schächer, wie danken gültig und werden reuenvoll beschämen, uns zu befehlen.

Doch nun zum Inhalt des Artikels selbst. Zum Gaudium seines „Vaterlandes“ Metallarbeiter-Verbander schließt der Artikel des „V.“ einen Burschen nach dem anderen. Weil der „V.“ ein „Winkelschläger“ sein will, stellt er in Vergleich, das Karlsruhe'sche Rathaus mit dem Friedrichsener Rathaus und das Friedrichsener Schloß mit dem Karlsruhe'schen Schloß usw. Wie diese Vergleiche in Entlassung zu bringen sind, mit dem Vertrat der „Christen“ an der Arbeiterfront, das Rästel zu lösen bleibt immer noch Geheimnis der Leiter des „V.“, umjomehr als eine Anstalt bei dem Vergleich vergessene wurde, nämlich eine Hauptwerkstatt, deren Besuch auf einige Wochen, wir dem Verfasser des Artikels sicher anempfehlen würden.

In einem zweiten Artikel in der Nummer vom 21. Dezember wurde nun versucht, durch einen Herrn W. etwas zu „berichtig“en. Nun weiß man nicht, was man an diesem Artikel mehr bewundern soll, die Geistesarmut oder die Dreistigkeit. Eines allerdings gelangt W. nicht, nämlich das „A n e i s e n“. Einmal in der Halle, raten wir, „Stille halten“, sonst reißt den Mund noch tiefer, und beim Schreiben sammeln sich noch mehr Epithete um Dich. Es bleibt, trotz allem Kneifen, bezw. dessen Versuch, bei folgenden Feststellungen: 1. Der Artikel kennt nicht einmal das D.M.A. (für einen gewissen Sekretär scheint das allerdings Lebensfrage zu sein), sonst müßte er wissen, daß es falsch ist, was er schreibt, nämlich, daß der Unternehmer das alleinige Recht hat, bei Entlassungen und Entlassungen. 2. Ist der Versuch, den Beweis anzutreten, daß in den einzelnen Betrieben anders denkende Arbeiter existieren und aus den Betrieben geleitet werden, möglich mißlungen. 3. Ist durch etliche Aussagen der Zeugen bewiesen, daß der im Christl. Met.-Arb.-Verbanden organisierte B. bei der Verhandlung im Schlichtungsausschuß Versuch, gegen eine alte gewerkschaftliche Forderung gestimmt, nämlich gegen das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter, bei Entlassungen und Entlassungen. B. hat in dieser Sitzung gegen die Arbeiterfront und mit den Unternehmern gestimmt.

Dies ist hiermit nochmals ausdrücklich festgehalten. Es ist klar, daß diese Feststellungen dem „Schwarzen Verbanden“ nicht passen, umso mehr, als jeder ehrlich denkende Arbeiter einer Organisation, die derartige Funktionen besitzt und obendrein noch schließt, den Rücken kehrt. Schon längst haben dies

Jugend * Wandern * Spiel * Sport

Der Sport am gestrigen Sonntag Arbeiter-Turn- und Sportbund

Fr. 7. Planetenlauf 1 — Fr. Sp. H. Gassenstein 1:5 (1:1). Zwei führende Mannschaften fanden sich bei diesem Orientierungslauf gegenüber. Der Kampf wogte hin und her, bis kurz vor Halbzeit Gassenstein durch scharfen Schuß des Mittelstürmers seinem Verein die Führung gab. Nach Halbzeit legte Gassenstein mächtig ins Zeug, doch die Gegenstürmer Verteidigung und nicht zuletzt der Torwächter, waren ihrer Aufgabe voll und ganz gewachsen. Zwei Spieler von Gassenstein nutzten wegen leichter Verletzung ausbleibende, welche Gelegenheit die Planetenläufer auszunutzen, jedoch der Gegenstürmer Torwächter gewungen war, den Ball fünf Mal von Hand zu holen. Das Resultat entspricht nicht dem Spielverlauf. Der Schiedsrichter war seiner Sache gut gewachsen. — 2. Mannsch. 1:3 für Gassenstein. N. V.

„Wahnsinn“ Grünhagen — Fr. Sp. S. Durlach 1:3 (1:0); 2. Mannsch. 1:0; 3. Mannsch. 6:3. Obige Mannschaften lieferten sich gestern ein interessantes Treffen. Durch einen Eistürmer neigt Grünhagen in Führung und kann den Vorzug auch bis Halbzeit behalten, doch kann Durlach mit dem Wind am Rücken dreimal erfolgreich sein.

Waldschießer — Lentenstienbach, 1. Mannsch. 0:1. — Langenstienbach brach in der 2. Hälfte das Spiel ab.

Weitere Sportveranstaltungen

H. C. Mühlberg — Pöhlitz Nordsee 0:1; H. C. Pöhlitz Nordsee 4:1; H. C. Mühlberg 1:2.

Fahrtprämierung für Jugendliche

Die Erlangung von Fahrtprämierung auf den Reichs-Eisenbahnen im Interesse der Jugendpflege kann in Baden auf einfache Weise erwirkt werden. Soweit die Arbeiter-Turn- und Sportvereine in Betracht kommen, die der Zentral-Kommission für Sport- und Körperpflege angeschlossen sind, haben sich dieselben an den für sie zuständigen Bezirksleiter zu wenden. Von diesem werden ihnen dann Formulare übermittleit, die gewissenhaft auszufüllen sind und mit denen dann ein Antrag an die Bahnstation, von welcher aus die Fahrt erwirkt wird, die Fahrtprämierung erwirkt werden kann. Die Adressen der Bezirksleiter sind: Bezirk Karlsruhe: Karl Grimm, Sobienstraße 107; Bezirk Mannheim: Philipp Briggel, Meerfeldstr. 26; Bezirk Heidelberg: E. Hansen, Gewerkschaftshaus; Bezirk Konstanz: E. Geiges, Duffenhau 1; Bezirk Freiburg: Otto Gutmann, Gewerkschaftshaus.

Es sei hiermit ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß für sämtliche der Zentral-Kommission angeschlossene Vereine nur auf oben gekennzeichnetem Wege die Fahrtprämierung zu erlangen ist. Eine Anmeldung der Vereine bei der Generaldirektion ist unnötig und wertlos, da die Anmeldung durch das Kultusministerium unter Mitwirkung der Leitung des Landesportrats erfolgt.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Die Massen erkannt und am besten in unserem Verwaltungs-System. Während die Verwaltungshilfe des Deutschen Metall-Arbeiter-Vereins über 15.000 Arbeiter und Arbeiterinnen um sich scharte, hatte der „Volksfreund“ am 1. 1. 21 nur 311 Mitglieder und am 1. 10. 21 noch 205 Mitglieder. Also nur so weiter gewirtschaftet, was wir dazu beitragen können, werden wir tun, und damit Schluss und „Gott befohlen“.

Aus der Stadt

Karlsruhe, 2. Januar.

Geschichtskalender

2. Januar: 1788 Cabot, franz. Seefahrer, in Dijon. — 1822 Der Richter Rudolf Clausius in Köslin. — 1921 Der chem. Reichstanzler v. Weismann Hollweg a. Solingen.

1922

Eine neue Nummer für ein neues Bündel von 365 Tagen, angefüllt mit Furcht und Hoffnung. Ob das neue Jahr denselben Faden spinnen wird wie das alte? Eins ist sicher: „Schwere Stürme, milde Weste, bange Sorgen, frohe Feste“ wird es nach einem Wort Johann Peter Hebel's bringen wie alle seine Vorgänger auch. Es wird nicht viele geben, die dem verflochtenen Jahr ein freudvolles Gedenden bewahren. Denn für die meisten war es ein Jahr der Not, der Enttäuschung und Sorge. Aber wer es rückschauend am Silvesterabend noch einmal durchlebte, fand wohl auch bei tiefem Schatten die und da einen Lichtblick, ein paar helle, sonnige Stunden, bei denen die Erinnerung lieber verweilt als bei den andern, die uns nicht gefielen.

Man braucht kein Prophet zu sein, um zu sagen, daß das neue Jahr, über dessen Schwelle wir eben getreten sind, in mancher Hinsicht 1921 gleichen wird: Kampf aller Art werden vor wie nach dem einzelnen wie der Volksgemeinschaft bestehen sein. Auch der Arbeiterbewegung, die nur durch Kampf zum Sieg vorrücken kann. Für sie gibt es keinen Waffenstillstand, keine Abmilderung. Immer aufs neue müssen die Räder gefüllt und stürmische Streiter gewonnen werden. Der eine fällt, die andern rücken nach, unablässig, unaufhaltbar. Nach Millionen zählt das Heer unserer Wähler, das Heer der Gewerkschafter, der Genossenschaftler. Unzählige Hände regen sich, den sozialistischen Gedanken zur Tat werden zu lassen. Für ihn zu kämpfen und zu wirken, jeder nach dem Maß seiner Kräfte, unserer Parteipresse die Töne zu hallen und für ihre weitere Ausbreitung zu sorgen, das muß auch die Parole sein für 1922.

Die Planeten im Januar

Die Hälfte des Monats sichtbar abends im Südwesten bis reichlich eine halbe Stunde. — Venus ist unsichtbar. — Mars ist über und eine halbe Stunde lang des Morgens nach seinem Aufgang im Südosten sichtbar. — Jupiter ist am Anfang des Monats sichtbar und eine halbe Stunde lang nach seinem Aufgang am späten Abend bis zur Morgenröte sichtbar. — Saturn ist am Anfang des Monats sichtbar und eine halbe Stunde lang sichtbar. — Die Planeten Neptun und Uranus werden in dem unmonatlich wiederkehrenden Zusammenstellungen nicht genannt. — Neptun verändert nur sehr langsam seinen Ort

Befreiung sportlicher Veranstaltungen von der Vergnügungssteuer

Die Vorschriften über die Erfassung sportlicher Veranstaltungen zur Vergnügungssteuer sind in den Bestimmungen über die Vergnügungssteuer vom 9. Juni 1921 enthalten. Maßgebend ist die Steuerordnung nach Artikel II, soweit nicht die Gemeinden nach Artikel III besondere Steuerordnungen erlassen, in solchen müssen die in Artikel II § 2 Ziffer 3 bezeichneten Veranstaltungen steuerfrei bleiben (Artikel III § 3). Zahlreiche Gemeinden sind zurzeit im Begriffe, solche Steuerordnungen zu erlassen. Diese Steuerordnungen bedürfen der Genehmigung des Ministeriums des Innern, die sie a. Z. schon gefunden haben.

Zu Artikel II § 2 Nr. 3 hat der Reichsminister der Finanzen auf eine Anfrage des Deutschen Reichsausschusses für Leistungsübungen folgende Auskunft erteilt (Erlaß vom 23. August 1921 Nr. III R 24825):

Nach Artikel II § 2 Nr. 3 Satz 1 der Reichsratsbestimmungen vom 9. Juni 1921 unterliegen der Vergnügungssteuer nicht: Veranstaltungen, die ausschließlich der Jugendpflege und der Leibesübung dienen. Die Befreiung tritt nach Satz 2 jedoch nicht ein bei gewerblichen Veranstaltungen dieser Art und solchen, die mit Totolotter, Wettbetrieb oder Tanz verbunden sind. Aus dieser Fassung ergibt sich zunächst, daß es für die Frage der Steuerpflicht ausschließlich auf den Charakter der einzelnen Veranstaltung, nicht aber auf die Person des Unternehmers, also etwa auf die allgemeine Tendenz des veranstaltenden Vereins ankommt. Es sind daher nicht die erime für Jugendpflege und Leibesübungen als solche und mit allen sonstigen Veranstaltungen steuerfrei, sondern die Steuerfreiheit kann von diesen Vereinen nur von Fall zu Fall und nur insoweit in Anspruch genommen werden, als ihre einzelnen Veranstaltungen ausschließlich der Jugendpflege oder der Leibesübung dienen. Veranstaltungen, die daneben irgendwelchen anderen Zwecken dienen, müssen also auch von solchen Vereinen besteuert werden, die sich sonst ausschließlich der Jugendpflege oder der Pflege der Leibesübungen zur Aufgabe gemacht haben.

Inwieweit Veranstaltungen solcher Art insbesondere als gewerblich anzusehen und daher steuerpflichtig sind, ist Frage des Einzelfalles. Als gewerblich gilt nach der steuerlichen Lehre und Rechtsprechung jede Fortsetzung, mit der Absicht auf Gewinnerzielung unternommen, selbständige und erlaubte Arbeitstätigkeit, die sich als Beteiligung an allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr darstellt. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang vor allem das Erfordernis der Gewinnerzielung. Die bloße Tatsache, daß Eintrittsgeld erhoben

wird, beweist diese Absicht auf Gewinnerzielung unternommen, selbständige und erlaubte Arbeitstätigkeit, die sich als Beteiligung an allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr darstellt. Entscheidend ist in diesem Zusammenhang vor allem das Erfordernis der Gewinnerzielung. Die bloße Tatsache, daß Eintrittsgeld erhoben wird, beweist diese Absicht noch nicht. Auch das objektive Ergebnis von Leibesübungen vermag für sich allein diesen Beweis nicht zu erbringen, so daß von Gewinnerzielung überall da keine Rede ist, wo die Gewinnerzielung erkennbar fehlt. Bei den Vereinen für Jugendpflege und Leibesübungen wird die Absicht der Gewinnerzielung in der Regel ebensovienig anzusehen sein wie eine Beteiligung an wirtschaftlichen Verkehr. Hier wird die Vermutung daher im allgemeinen gegen die Annahme der Gewinnerzielung sprechen, so daß es Sache der Steuerstelle ist, den Nachweis zu führen, welche besonderen Umstände im einzelnen Falle die gegenteilige Auffassung rechtfertigen. Veranstaltungen, die unter der Firma eines Vereins im wesentlichen von berufsmäßigen Sportkämpfern dargeboten werden, würden a. V. als gewerblich zu betrachten und daher steuerpflichtig sein. Dagegen würde es mit Sinn und Wortlaut des Artikel II § 2 Nr. 3 nicht zu vereinbaren sein, wenn eine Steuerstelle etwa sämtliche Veranstaltungen für Leibesübungen, bei denen Eintrittsgeld erhoben wird, schon aus diesem Grunde zur Steuer heranziehen wollte.

Vom Arbeiter-Turn- und Sportbund. Die kürzlich stattgefundene Kreisvertreterkonferenz war gut besucht. Auch der Vertreter des Arbeiter-Wassersportverbandes nahm daran zum ersten Male teil. Gen. Gellert, der Bundesvorsitzende, gab ein Bild über den Organisationsstand und verbreitete sich über die auf verschiedenen Gebieten mit Reichs- und Landesbehörden abgehaltenen Verhandlungen. Für den Verlag berichtete Dr. Schubert-Leipzig. Er konnte mitteilen, daß das zum Jahresabschluss der Gesamtumsatz rund 7 1/2 Millionen Mark betragen wird. Im Geschäft wird jetzt mit 68 Angestellten einschließlich den Bundesbeamten gearbeitet. Zum weiteren Ausbau und zur Vereinfachung des Warenbezuges für die Vereine werden Geschäftsfaktoren gegründet. Es bestehen solche bereits in Wiesbaden und Stuttgart, Chemnitz und Nürnberg, weitere Filialen sind zunächst geplant in München und Bamberg. Den Bericht des technischen Komitees gab Gen. Gellert geleitet worden. An der Bundesschule wurden 903 Kurstufen unterrichtet. Gen. Widmung gab Bericht von der Zentral-Kommission und verbreitete sich über die nächsten Aufgaben der Zentral-Kommission. Er wurde als gewählter Sekretär eine der wichtigsten Aufgaben darin sehen, die beginnende Zentifikation des deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbundes an den großen Deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbund noch entgegenzusetzen. Die Wahl des neuen Schriftleiters für die Arbeiter-Turn-Zeitung entfiel auf den Darmstädter, Götter-Darmstadt. Der hiesige Schriftleiter, Gen. Widmung, der seit 15 Jahren seinen Posten innehat, scheidet infolge seiner Wahl zum Sekretär der Zentral-Kommission aus der Redaktion aus. Auf Vorschlag der Stammmittel soll zum besetzten Wasser-Turn-Techmiter der Turngen. Weipert-Leipzig gewählt werden.

Reise- und Sporthaus
Eduard Müller
Kofferfabrik
Waldstr. 45 Karlsruhe, B. Tel. 2165
Beste und billigste Bezugsquelle
für sämtliche Sport-Geräte 7840

gülden verstand, zu Straftaten anguliffen. So hat er u. a. eine Tänzerin mit dem Erfolg hypnotisiert, daß sie auf seinen Befehl während des Tanzes einschließ und sich nach der Hypnose in ihn verliebte, obwohl er ihr vorher höchst unympathisch war. Vieles verwendet Kitta seine suggestiven Kraft auch zu Selbsterleuchtungen, insbesondere bei Damen aus der Kurpfälzerdammung, die dem Sokalismus und dem Morphismus verfallen waren. Wie die Kuffage behauptet, soll Kitta seine Kräfte auch in anderer Weise angewendet haben. Nach einem Frühstück, in Abwesenheit des Kaufmanns, kamen die Angelegten Kaufleute, die Kitta telefonisch angerufen hatte, um verschiedene Teppiche in Gegenwart von Frau Walte zu laufen, wobei Kitta größere Provisionen verdiente. An demselben Tage reiste Kitta mit Frau Walte und deren Freundin, einer Frau von Krotzig, nach Schierke, wo er beide Frauen in Gegenwart der Hotelgäste mehrmals hypnotisierte. Schließlich soll der Angelegte beide mit einigen hundert Mark im Palasthotel in Berlin haben lassen, obwohl er den gesamten Erlös aus dem Teppichverlauf bei sich hatte.

Athen in alter und neuer Zeit. Zu einem zweiten Vortrag hatte die rührige neugegründete Ortsgruppe der deutsch-griechischen Gesellschaft auf den 16. Dezember ds. J. eingeladen. Im vollbesetzten Hörsaal des Chemischen Instituts sprach Professor Dr. Siebarth über „Athen in alter und neuer Zeit“. Von dem derzeitigen Vorstand der hiesigen Ortsgruppe, Geh. Rat Künzler, in herzlichem Worten begrüßt, gedachte der Redner zunächst des großartigen Unabhängigkeitskampfes, deren 100jähriges Gedenken die Griechen heute feiern dürfen, wies auf den starken Anteil hin, den gerade Deutsche am Aufbau des modernen Griechenland und des neuen Athen genommen und ließ sodann in lebendigem, von persönlicher Wärme durchdranem Vortrag die von neuerlichem Glanze umgebenen Bilder des alten Athen inmitten des neuen vorüberziehen. — Der Redner wies, was deutscher Fleiß, deutsche Energie, deutsches Wissen ihm leisten können, aber auch der Deutsche findet in diesem Lande, zu dem es immer noch so viele von uns mit magischer Kraft zieht, hohe Worte. Zunächst gilt es neben der wissenschaftlichen die wirtschaftlichen Beziehungen wieder anzuknüpfen, zu pflegen und Brücken hinüber und herüber zu schlagen. Die Deutsch-griechische Gesellschaft von Gelehrten und von Kaufleuten 1914 gegründet stellt sich — darauf wies der Redner ausdrücklich hin — die zeitgemäße Aufgabe, das schon recht fruchtbringende Samenfeld zu entwickeln zum wahren Ruhm beider Völker.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Geburten. Gust. Erath von Erfingen, Elektromonteur hier, mit Paula Berger von Wilsau. Erich Gassenhauer von Dinglingen, Ingenieur hier, mit Luise Galleusleben von Heidelberg. Rudolf Vanspach von Barmen, Fuhrunternehmer hier, mit Luise Konstantin von Unterwiesloch. Emil Ganniska von Pilsberg, Aem. hier, mit Elia Gutzjahr von Hannover. Karl Welterhöfer von Rodgum, Schneider hier, mit Karoline Warkling von Rodgum. Friedrich Goppert von Heidelberg-Neuenheim, Dachdecker hier, mit Charlotte Wagenmann von Mannheim.

Geburten. Magdalena, B. Aug. Etnad, Aem. Hans Theod. B. Witt. Lud. Weich. Aem. Albert, B. Alb. Huber, Motorenmeister. Ludw. Heinz, B. Wilh. Rodrian, Oberlechner. Erwin, B. Hof. Fischer, Fuhrmann. Kurt Alfred, B. Arthur Gensleber, Fabrikarbeiter. Günther Adolf, B. Ad. Deyting, Aem. gepr. Dentist. Ruth Marianne, B. Rich. Müller, Oberingen. Ad. Stephan, B. Karl Schindler, Hof-Führer. Hans, B. Rich. Diebold, Motorenmeister. Melanie Ilse, B. Otto Schäfer, Monteur.

unter den Sternen. Er befindet sich zu Anfang des Jahres in dem Sternbild des Krebses in südlicher Bewegung, kommt am 24. April zum Stillstand, nimmt die rückläufige Bewegung an und tritt dabei am 1. Oktober in das Sternbild des Löwen. Am 21. November wird er nach obermaligem Stillstand wieder rückläufig, so daß er schließlich nur 24 Grade oder 6 Vollmondbreiten von seinem anfänglichen Standpunkt entfernt ist. — Am 8. Februar befindet sich der Planet in Opposition mit der Sonne, kulminiert um Mitternacht und steht der Erde am nächsten; am 8. August steht er in Konjunktion mit der Sonne und der Erde am fernsten. Die entsprechenden Abstände von der Erde betragen 4384 und 4633 Millionen Kilometer. — Uranus befindet sich während des ganzen Jahres in dem Sternbild des Wassermanns. Bis zum 19. Juni, wo er zum Stillstand kommt, bewegt er sich rückläufig, nimmt darauf die rückläufige Bewegung an, die er bis zum 20. November beibehält, und wird dann nach wiederholtem Stillstand von neuem rückläufig, so daß er am Ende des Jahres 9 1/2 Grade oder 7 Vollmondbreiten von seinem anfänglichen Standpunkt entfernt ist. — Am 28. Februar befindet sich Uranus in Konjunktion mit der Sonne, steht jenseits dieser und der Erde am fernsten. Am 4. September ist er in Opposition mit der Sonne und der Erde am nächsten. Seine Entfernungen von dieser betragen in den beiden Tagen 9139 und 2842 Millionen Kilometer.

† Von einem schmerzlichen Verluste ist der Textmetteur unseres Blattes, Genosse W. A. S. am Silvesterabend betroffen worden: nach langem, schwerem Leiden ist seine Gattin gestorben, mit der er noch vor einigen Wochen das silberne Ehejubiläum feiern konnte. Unserem Mitarbeiter sprechen wir unser herzlichste Beileid aus.

* Die Neujahrsnacht verlief in hiesiger Stadt in der üblichen Weise. Unter der nun einmal herrschenden Hitze — oder besser gesagt: Unruhe — der Schieberei und des Krates auf den Straßen, vollzog sich das Hinabschreiten des alten und die Geburt des neuen Jahres. Das feierliche Geläute von den Kirchtürmen wies uns ebenfalls auf die Jahreswende hin. Doch inmitten des lebhaften Treibens und der gegenseitigen Beglückwünschungen streifte wieder einmal der elektrische Strom und hüllte die Stadt in Dunkel, was natürlich sehr unangenehm empfunden wurde, aber doch das eine Gute hatte, daß die Straßen bald geleert wurden und Ruhe einkehrte. Nach jetzt unangenehmiger Unterbrechung leuchteten die Glühbirnen wieder, sodas die Silvesterfeiern ihren ungehörten Verlauf nehmen konnten.

Der Polizeibericht meldet: In der Neujahrsnacht wurden von der Schutzmannschaft 70 Personen wegen unerlaubten Abirennens von Feuerwerkskörpern und zwei Personen wegen Schießens mit Revolvern zur Anzeige gebracht. — Einen Unfall erlitt am Samstag nacht 12 Uhr ein in der Vorderstraße wohnender 17jähriger Knabe dadurch, daß sich Feuerwerkskörper, welche er in der Tasche bei sich trug, entzündeten. Er erlitt schwere Brandwunden und fand Aufnahme im hies. Krankenhaus.

p. Aus Furcht vor Strafe überloß sich am Samstag abend in der Südstadt ein Dienstmädchen mit Petroleum und zündete sich an. In schwerer Verlegenheit wurde die Lebensmüde nach dem hies. Krankenhaus verbracht.

§ 24 Kitta auf der Kuffagebank. Der bekannte Hypnotiseur Dr. Kitta, der auch im Eintrachtsaal in Karlsruhe seine Vorstellungen gab, wird sich vor dem Landgericht 3 in Berlin wegen gemeinschaftlichen Diebstahl und Betrug zu verantworten haben. Zwei weitere Komplizen sind wegen Hehlerei angeklagt. Wie die Kuffage behauptet, soll Dr. Kitta in ihm stehenden geheimnisvollen Kräfte auch dazu mißbraucht haben, Frauen auf die er einen besonders starken suggestiven Einfluß aus-

Die Ursache der Stromführung. Wie uns kurz nach Neujahr...

Preis von Unruh-Vortrag. Der Theaterkulturverband wird in den ersten Januartagen mit einer Veranstaltung...

Beförderungsgeldern im Verkehr mit den deutschen Reichsbahnstationen auf schweizerischem Gebiet.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 2. Januar

Wasserstand des Rheins

Soziale Rundschau

über die Pfändbarkeit von Gehaltsansprüchen erfahren die bestehenden Pfändungsbeschränkungen eine wesentliche Erweiterung.

Letzte Nachrichten

Keine Kompromisse in der Steuerfrage

Die Reichsregierung hat heute die Beschlüsse der Reichstagskommissionen über die Steuerfrage...

Empfang des diplomatischen Korps beim Reichspräsidenten

Berlin, 1. Jan. Der Reichspräsident hat heute die Gesandten aller fremden diplomatischen Vertretungen...

Der Reichspräsident erwiderte u. a.: Das deutsche Volk wünscht sich nichts anderes, als in friedlicher Arbeit...

Schriftleitung Georg Schöpsflin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Radel...

Bei 4 Stellen Vereinsanzeiger

Ich bin befreit von allen Hautunreinheiten und Hautausschlägen...

Kombiniertes rationelles Heilverfahren Homöopathie * Magnetismus * Naturheilkunde

Gift-Weizen Mittel in Wadungen von 100 gr. bis 1000 gr.

Fahrtpreise der Straßen- und Bergbahn

Table with 2 columns: Category (e.g., Gewöhnliche Preise, Fahrpreise für Kinder) and Price.

Das Weidenlassen von Schafen ist verboten.

Kinder- und Krankenzwieback

Arbeitsamt Baden-Baden

Drucksachen

Durlacher Anzeigen

Kleinverkaufspreise für Obst und Gemüse

Table listing prices for various fruits and vegetables like Erdbeeren, Äpfel, etc.

Die Erhöhung der Versicherungsprämie betr.

Der Kassenvorstand

Legilware

Die allgemeine Feuerung betreffend

Der Kassenvorstand

Baden-Baden

Der Kassenvorstand

Der Kassenvorstand

Der Kassenvorstand

Der Kassenvorstand

Der Kassenvorstand

Bruchsaler Anzeigen

Allgemeine Ortskrankenkasse Bruchsal

Die Erhöhung der Versicherungsprämie betr.

Der Kassenvorstand

Der Kassenvorstand

Der Kassenvorstand

Der Kassenvorstand

Der Kassenvorstand

Der Kassenvorstand

Der Kassenvorstand

Der Kassenvorstand

Der Kassenvorstand

Der Kassenvorstand

Der Kassenvorstand

Der Kassenvorstand

Der Kassenvorstand

Der Kassenvorstand

Der Kassenvorstand

Der Kassenvorstand

Der Kassenvorstand

Der Kassenvorstand

Der Kassenvorstand

Der Kassenvorstand

Der Kassenvorstand

Der Kassenvorstand

Der Kassenvorstand

Der Kassenvorstand

Der Kassenvorstand

Der Kassenvorstand

Der Kassenvorstand

Neujahrs-Abschlag

- Schmalz rein amerikanisches Pfd. Mk. 25.-
- Palmin Pfd. Mk. 25.-
- Margarine Pfd. Mk. 21.- u. 24.-
- Mehl Südd. Spezial 0 65% Ausmahlung Pfd. Mk. 5.25
- Kernseife . . . 250 gr. Mk. 5.50
- " . . . 500 gr. Mk. 10.-

Mathias Zeis
 Marienstr. 9. Tel. 5093.

Ich beginne am 2. Januar 1922 in Karlsruhe, Erlenstraße 21, meine Tätigkeit als
homöopathischer Arzt.
 Sprechzeit: 12-1 und 3-5, Mittwoch und Samstag 11-1 Uhr.
Dr. med. A. Braun
 zuletzt Assistenzarzt am homöopath. Krankenhaus in Stuttgart.

Deutscher Metallarbeiterverband Karlsruhe
 Montag, den 2. und Dienstag, den 3. Januar
Büro-Räume geschlossen
 Die Ortsverwaltung.

Bestecke, Taschenmesser, Scheren, Rasiermesser
 und Rasier-Apparate, sowie komplette Rasier-Garnituren, Geschenk-Artikel u. s. w. empfiehlt in großer Auswahl
Karl Hummel, Werderstr. 13
 Stablwarengeschäft, Rasiermesserfabrikation

Es lohnt sich
 die formschönen
Baubund-Möbel
 ohne Kaufzwang zu besichtigen
 Verkauf
kompl. Wohnungseinrichtungen
 sowie
 geschmackvoller Einzelmöbel
 gegen bar und Teilzahlung.
Bad. Baubund G. m. b. H.
 Karl-Friedrichstr. 22 Rondellpl.
 Geöffnet von 8-6 Uhr. - Tel. 5157

Mit unseren herzlichen Glückwünschen für 1922
 verbinden wir die Aufforderung an unsere Kundschaft aus Stadt und Land zur kostenlosen Beteiligung an unserer
Januar-Preisfrage
Wieviel Kunden zählt das Gebo-Seifenhaus
 seit seiner am 14. Juli 1921 erfolgten Eröffnung bis zum 31. Januar 1922? 50 Preise im Gesamtwerte von 1500 Mk.
 I. Preis: 1 Kiste Gebo-Kernseife im Werte von 500 Mk.
 Entgegennahme der Lösungen vom 1.-30. Januar 1922
 sowie Näheres im
Gebo-Seifenhaus.

Grundstücks-Zwangsvollstreckung
 Grundstück: Gemarkung Karlsruhe: Lgh. Nr. 6601 a: 4 a 08 qm Hofreite mit Gebäuden Edelsteinstraße 3 a.
 Schätzung: 65 000 RM.
 Versteigerungstermin: Dienstag, den 10. Januar 1922, vormittags 9 Uhr im Notariatsgebäude Kaiserstraße 184 (Hindenburghaus).
 Mündliche Auktion gebührenfrei beim Notariat. Karlsruhe, den 11. November 1921. 2627
 Adv. Notariat 6 als Vollstreckungsgericht.

ECHE Walthorius Hienfong-Essenz
 extraktive
 m. feinst. Krist. dest. u. Zus. v. 20. 0l. 12 Fl. Mk. 30.-, bei 30 Fl. 45.- fr. u. inkl. Herst. Lab. E. Walthorius, Halle S.-Trotha 164.

Pferdemarkt Karlsruhe.
 jeden ersten Mittwoch im Monat in der Gottesauer Kaserne. Gute Stallungen. Große Verkaufsställe. Gedeckte Reitbahnen.
 Karlsruhe, den 31. Januar 1921.
 Städt. Schlacht- und Viehhof-Amt.

Residenz-Lichtspiele, Waldstr. 30
 Täglich bis einschl. Freitag! 2006

DAS INDISCHE GRABMÄL
 ZWEITER TEIL
DER TIGER VON ESCHMAPUR
 REGIE JOE MAY

Das Mauern in den Wintermonaten betreffend.
 Gemäß § 58 der städt. Bauordnung ist wegen Eintritts der kälteren Jahreszeit das Mauern bis auf weiteres einzustellen.
 Der Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Arbeit wird f. Zt. vom Bezirksamt bestimmt und bekannt gemacht werden.
 Während der geschlossenen Bauzeit dürfen jedoch nur bei frostfreiem Wetter, Bruchsteinmauern, die keine erhebliche Belastung oder Höhe erhalten, und Mauerwerk, das nach seiner konstruktiven Bestimmung auf Druck oder Schubfestigkeit nicht besonders stark in Anspruch genommen wird, aufgeführt werden. Ist anzunehmen, daß das frostfreie Wetter länger andauert, so dürfen auch Fundamentmauern, die gegen einen etwa wieder eintretenden Frost durch Erdansättigung oder dergl. leicht und in genügender Weise geschützt werden können hergestellt werden. Diese Arbeiten sind jedoch nur unter der Voraussetzung zulässig, daß
 1. der Wärtel einen Zusatz erhält, der ein Eingefrieren verhindert und Abbinden ermöglicht und
 2. vor Beginn der Arbeiten der Baukontrolle Anzeige erstattet wird.
 59
 Ausnahmsregelungen werden auf Grund des § 116 R.-O.-B. mit Geld bis zu 150 M. oder mit Haft bis zu 6 Wochen bestraft.
 Karlsruhe den 30. Dezember 1921.
 Bad. Bezirksamt III. O. 3. 192

Besseres Fräulein
 für Baden von erstem Regierergeschäft in Karlsruhe auf 15. Januar, eventuell 1. Februar 1922 gesucht.
 Offerten unter Chiffre Nr. 2007 an das Volksfreundbüro.

Partie-Haus
 Durlacher-Allee 2.
 Eleg. Damen-Stiefel Mk. 125 bis 210
 Eleg. D.-Halschube Mk. 94 bis 150
 Herren-Stiefel . . . Mk. 130 bis 235
 Kinderschuhe von Mk. 20 an.
 Anzüge, Hosen, Joppen
 zu stannend billigen Preisen bei
L. Brand
 Samstag abends von 7/6-7 Uhr offen.

Städtische Handelsschule.
 Abteilung: Buchführung.
 Am 9. Januar werden bei genügender Beteiligung nachstehende Kurse eröffnet:
 1. Fremdsprachen (Französisch, Englisch, Spanisch).
 2. Bürgerliches Rechnen (die 4 Grundrechnungsarten, Bruchrechnen usw.).
 3. Kaufm. Rechnen: Prozent-, Zins-, Diskont-, Kontoforrent- und Effektenrechnen).
 4. Buchführung (bezw. Buchführung mit bezw. Berücksichtigung d. ameriz. Form).
 5. Bilanzlehre und Abwärtshilfungen.
 6. Handelsbetriebslehre und Briefwechsel.
 7. Verkehrsweisen (Personen- und Gütertarife usw.).
 8. Schreiben und Rechtschreiben (deutsche und lat. Schrift).
 9. Palatalschreiben.
 10. Stenographie (System Stolze-Schrey und Gabelberger).
 11. Maschinenschreiben.
 Anmeldungen werden täglich in den üblichen Geschäftsstunden und außerdem am 3., 4. und 5. Januar von 6-7/8 Uhr abends in der Kantslet, Zirkel 22, entgegengenommen.
 2910
 Die Direktion.

Gänselebern
 Kanit fortwährend zu höchsten Tagespreisen.
 W. Reuner, Rühlburg, Dardstraße 11. 6719
Hypotheken-Geld
 auszuweisen
 August Schmitt, Hypotheken- und Liegenschaftsbüro, Karlsruhe, Dierichstraße 43. Tel. 2117. 2719
Kleider, Schuhe
 Wäsche, Möbel, Läden
 Sie am billigsten im
 An- u. Verkaufsgeschäft
 Glotzer, Fähringerstraße 53 a, Teleph. 3488.

Allgemeine Ortskrankenkasse Raftatt-Stadt
Bekanntmachung.
 Auf Grund ergangener Verordnung wurde nach Beschluß des Kassenausschusses vom 12. Dezember 1921 beim des wasserversandes vom 27. Dezember 1921 mit Wirkung vom 1. Januar 1922 eine neue Lohnaufteilung vorgenommen.
 Gleichzeitig wurden die Grundlöhne stufenweise bis auf RM. 60.- festgesetzt und die Beiträge auf 7% des Grundlohnes erhöht.
 Darnach ergibt sich folgende ab 1. Januar 1922 gültige Tabelle:

Lohnstufe	bei einem tägl. Arbeitsverdienste von bis mit		Wochen-Beitrag		Davon haben zu tragen:						
	Mk.	Mk.	Krank-Verf.	Inbal-Verf.	Krank-Verf.	Inbal-Verf.	Zuf.	Krank-Verf.	Inbal-Verf.	Zuf.	
I	3,99	3,99	8	1,26	3,50	—84	1,75	2,59	—42	1,75	2,17
II	3,99	10,99	8	3,36	4,50	2,24	2,25	4,49	1,12	2,25	3,57
III	10,99	16,99	14	5,88	5,50	3,92	2,75	6,67	1,96	2,75	4,71
IV	16,99	23,99	21	8,82	6,50	5,88	3,25	9,13	2,94	3,25	6,19
V	23,99	30,99	30	12,60	7,50	8,40	3,75	12,15	4,20	3,75	7,95
VI	30,99	40,99	40	16,80	9,-	11,20	4,50	15,70	5,00	4,50	10,10
VII	40,99	50,99	50	21,-	10,50	14,-	5,25	19,25	7,-	5,25	12,25
VIII	50,99	u. mehr	60	25,20	12,-	16,80	6,-	22,80	8,40	6,-	14,40

Für Versicherte ohne Entgelt betragen die wöchentlichen Krankentageverpflichtungsbeiträge 84 Pfennig. Inbalidenerversicherung kommt für diese nicht in Betracht.
 Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge und Dienstboten sind ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Verdienstes stets versicherungspflichtig, während alle anderen Beschäftigten und Bediensteten, die über 20 Jahre alt sind, nur dann versicherungspflichtig sind, wenn sie die Inbalidenerversicherungspflicht bejahen mit dem holländischen Hauptfache die beim Lebensjahre der bisherigen 15 000 RM.-Grenze abgemeldeten Beschäftigten - hat alsbald, längstens aber innerhalb 8 Tagen zu erfolgen.
 Arbeitgeber und Versicherten empfehlen wir diese Bekanntmachung auszufahren und ab dem 1. Januar 1922 ab können nach den neuen Bestimmungen hergestellte Beiträge in Empfang genommen werden.
 Raftatt, den 29. Dezember 1921.
 Der Vorstand: Johann Brenner.

Todes-Anzeige.
 Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter und Großmutter
Lydia Bönsel
 geb. Haas
 am 31. Dezember 1921, nachmittags 3 Uhr nach langem schwerem Leiden sanft entschlafen ist.
 Karlsruhe, den 2. Januar 1922.
 Die trauernden Hinterbliebenen:
Fr. Bönsel u. Kinder.
 Die Feuerbestattung findet am Dienstag, 3. Januar, vormittags 11 Uhr, auf Wunsch der Bestattenden in aller Stille statt.

Nachruf.
 Am 30. Dezember ist unser Mitarbeiter Herr
Ludwig Martin
 Lagerarbeiter
 an den Folgen seiner im Kriege zugezogenen Krankheit, unerwartet verschieden.
 Wir verlieren in demselben einen treuen Mitarbeiter, dem wir stets ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Verwaltung
 des Konsumvereins für Durlach und Umgegend e. G. m. b. H.

Dankagung.
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, sowie der vielen Kranzsendungen, anlässlich des Hinscheidens unserer lieben Tochter
Antonie
 sagen wir herzlich Dank. Besonderen Dank Herrn Stadtkirchler für seine tröstlichen Worte, der Firma Braun & Co. und der Arbeiterkassette derselben für die schönen Kranzsendungen und die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte.
 Karlsruhe, den 1. Januar 1922.
Familie Phil. Frey

Trauerhüte
 in jeder Preislage stets vorrätig
S. Rosenbusch, Kaisersstr. 137.

Unsere Leser und Leserinnen
 werden gebeten bei Ihren Einkäufen in erster Linie sich auf die Inserate unseres Blattes zu berufen und zu berücksichtigen die
Inserenten des Volksfreund.